

EIN HISTORISCHER KOMPROMISS BEI FIAT

5 Seit dem Streik vom vergangenen Herbst in Turin spricht die italienische Öffentlichkeit bei der
Begutachtung der Klassenkämpfe von einem neuen ökonomischen Zeitalter: Dopo la Fiat! Die
Auseinandersetzung zwischen dem größten Einzelkapital des Landes und der von ihm
beschäftigten “kampferfahrensten Abteilung der italienischen Arbeiterklasse” hatte von Anfang an
den Charakter eines Präzedenzfalls für beide beteiligten Seiten: Fiat ging es um das
uneingeschränkte Recht des Kapitals, nach seiner Kalkulation Arbeitskraft anzuwenden oder
freizusetzen. Die Arbeiter gingen auf die Barrikaden, um das Privileg eines Teils des italienischen
10 Industrieproletariats auf einen einigermaßen garantierten Arbeitsplatz zu verteidigen. Zwischen
gleichen Rechten entscheidet die Gewalt; im konkreten Falle endete der Arbeitskampf mit der
Annahme eines Rahmenplans der Staatsgewalt, der für Fiat - und als Konsequenz auch für andere
Branchen - das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, unter neue Bedingungen stellt, die es
Fiat erleichtern, die “für die 80er Jahre notwendigen Umstrukturierungen der Autoproduktion”
15 (Agnelli) durchzuführen.

I. Eine unternehmerische Maßnahme

Die Ankündigung Fiats vom Juli 1980, spätestens im Herbst sei die Entlassung von 20.000
Arbeitern “unumgänglich”, wurde mit der auch hierzulande üblichen Begründung vorgetragen, es
20 handle sich dabei keineswegs um die Absicht des Kapitals, seine Lohnkosten zu verringern, um
mehr Gewinn bei der Automobilproduktion zu erwirtschaften. Vielmehr sei die Verteilung der
Arbeit auf weniger Arbeiter der einzige

“Ausweg aus der, Markt- und Produktionssituation.” (“La Repubblica”)

25 Tatsächlich saß Fiat auf rund 40.000 Wagen der Modelle Mirafiori und Lancia Delta, für die es
weder im Inland noch auf dem EG-Markt eine zahlungsfähige Nachfrage gab. Dies war das
Resultat der EG-Konkurrenz bei der auf dem Felde der Mittelklassewagen vor allem VW und
Renault besser abschnitten. Eine “Umstrukturierung der Autoproduktion” sollte die
Konkurrenz Nachteile Fiats wettmachen:

- Die Produktion der Mittelklassewagen wad entweder (wie bei Mirafiori) ein - oder durch
30 Angleichung des Motoren- und Karosseriebaus (mittels neuer Maschinensysteme) umgestellt.
- Die Produktion der Kleinwagen (Panda, Ritmo wird durch Einsatz neuer Maschinerie
gesteigert.
- Ein neuer Motorentyp wird entwickelt, der ab 1984 auf den Markt kommen und einen
35 Vorsprung vor der Konkurrenz bewirken soll. Zu diesem Zweck schloß Fiat einen
Kooperationmertrag mit Peugeot ab.

Alle drei Vorhaben verband Fiat mit umfangreichen Rationalisierungen, als deren Resultat ein
erweiterter Produktionsausstoß mit verminderter Beschäftigtenzahl angestrebt wird: mehr *Arbeit*
also für weniger *Arbeiter*, gesteigerter Profit mit verringerten Lohnkosten. Ein Vorgang, durchaus
normal für die kapitalistische Ökonomie, der hierzulande als wirtschaftliche Notwendigkeit zwar
40 Unnhe bei den Betroffenen auslöst, in der Regel aber durch Sozialpläne und die
Arbeitslosenversicherung, also durch das routinierte Zusammenspiel von Kapital, Staat und

Gewerkschaft, seine friedliche Lösung findet. In Italien stoßen Massenentlassungen, mögen sie auch noch so "unternehmerisch begründet" sein, auf zwei Hindernisse:

1. Die italienische Form der Arbeitslosenversicherung heißt *cassa integrazione*. Vom Betrieb freigesetzte Arbeiter erhalten nicht nur 7/8 ihres zuletzt bezogenen Lohns weiterbezahlt aus einem Fonds, der von Unternehmern und Staat finanziert wird. Sie haben darüber hinaus den Anspruch, vom entlassenden Unternehmen innerhalb einer bestimmten Frist wieder eingestellt zu werden. Diese Regelung gilt für alle Arbeiter, die länger als ein Jahr beim Betrieb angestellt sind und damit als *Stammarbeiter* zumindest rechtlich unkündbar geworden sind. Die Entlassung in die *cassa integrazione* erfordert ferner die Zustimmung der Gewerkschaft, die mit dem Kapital über die Dauer der Ausstellung verhandelt.

Mit dem Ablauf der vereinbarten Frist ist der Betrieb zur Wiederverwendung der Arbeiter verpflichtet - mit der Auflage, ihnen einen "vergleichbaren" Arbeitsplatz zuzuweisen - und wenn dies seine Rentabilitätsabwägungen nicht gestatten, muß über eine erneut befristete Verlängerung der *cassa integrazione* verhandelt werden. Die Praxis dieses Systems sieht zwar so aus, daß ein Großteil der "für die *cassa integrazione* Arbeitenden" (dies die italienische Form der Hetze gegen Arbeitslose als Arbeitsscheue) sich irgendwann mal anderswo einen Job sucht, weil anhaltender Lohnverlust und die Aussicht auf Wiederbeschäftigung in dequalifizierenden Positionen sie so weit bringen, sich "freiwillig" zu verändern - dennoch ist die *cassa integrazione* in einem Land, das ein Drittel seiner Bevölkerung im Status einer Reservearmee als Tagelöhner und Barkellner hält und die Hälfte seines Territoriums als Entwicklungsland behandelt, ein unbestreitbarer Vorteil: Diesen Vorteil des Stammarbeiters gegenüber seiner arbeitssuchenden Konkurrenz, deren soziale "Absicherung" als Arbeitslose täglich ca. DM 3.- beträgt, verteidigt er mit hiezulande unbekannter Militanz. Weil also der, Besitz eines industriellen Arbeitsplatzes in Italien die Sicherung des Existenzminimums auch im Falle der Arbeitslosigkeit einschließt, bei seinem Verlust das Absinken in den Status eines unversicherten Dauerarbeitslosen mit der Alternative Abwandern ins Ausland oder Rückkehr ins heimatliche Dorf droht, entbrennt der Klassenkampf in voller Härte an der Frage, einzelne Arbeiter oder ganze Abteilungen zu *entlassen*, die dann keinen Anspruch auf die Leistungen der *cassa integrazione* haben. Dies das

2. Hindernis für unternehmerische Rationalisierungsvorhaben: Eine Arbeiterklasse, die mit dem Arbeitsplatz nicht nur die Arbeit und den Lohn verliert, sondern überhaupt die Aussicht je wieder einen zu bekommen. Neben dem "subjektiven Faktor" verdanken sich also die kämpferischen Qualitäten der italienischen Arbeiterklasse - von hiesigen Linken gerühmt, von der BRD-Öffentlichkeit als Grund für die Misere südlich der Alpen beklagt - einer Besonderheit von Staat und Kapital in Italien, deren Ökonomie gerade darauf basiert, einen großen Teil der vorhandenen Arbeitskraft als unnütz für die Reichtumsproduktion zu erklären und entsprechend rücksichtslos zu behandeln. Der sprichwörtliche Zusammenhalt der italienischen Großfamilie hat hierin seinen Grund.

Fiats Plan für die 80er Jahre ließ sich mit vollem Erfolg also nur durchführen, wenn die "heilige Kuh" der italienischen Sozialverfassung, die *cassa integrazione*, wenigstens stückweise geschlachtet wird. Damit hatte die Auseinandersetzung mit der Belegschaft von Anfang an einen *politischen* Charakter, der einerseits die Regierung veranlaßte, selbst einen "Rahmenplan" vorzulegen, andererseits die oppositionelle PCI auf den Plan rief, für die die *cassa integrazione*, obzwar vom Faschismus übernommen, in ihrer 1948 durchgesetzten Form eine wesentliche Errungenschaft der antifaschistischen Einheit der Nachkriegsjahre ist und für die Fiat der Präzedenzfall war, die Arbeiterklasse mit einer staatlichen Rettung und Kontrolle des größten nationalen (Privat-)Kapitals zu beglücken

II. Die Alternative der Gewerkschaft

Gegen das "Angebot" Fiats an die Gewerkschaft von Anfang September - 24.000 Arbeiter werden für 18 Monate der Lohnausgleichskasse überstellt; die Hälfte von ihnen wird nach dieser Zeit *nicht* wieder eingestellt - setzten die drei in der Metallarbeitergewerkschaft FLM vereinigten Gewerkschaftsbünde (CGIL, mehrheitlich kommunistisch; CISL, christdemokratisch und UIL, sozialistisch, sozialdemokratisch) die "Forderung", keinesfalls irgendeinen Arbeiter der "externen Mobilität" (dies der Ausdruck für Arbeitslosigkeit mit eventueller Umsetzung auf einen Arbeitsplatz bei einem anderen Betrieb mit fast zwangsläufiger Dequalifizierung und Lohnverlust) auszusetzen, sondern mit ihr über mögliche Formen "interner Mobilität" zu verhandeln, worunter ein Abbau, der Belegschaft durch "natürliche Fluktuation", Einstellungsstopp und betriebsinterne Umsetzung auf neuer Arbeitsplätze verstanden wird, freilich nur als Auftakt dazu, um mit Staat und Kapital in Verhandlungen über die Modalitäten der "externen Mobilität" einzutreten. Dies entsprach der seit einigen Jahren auch in der Gewerkschaftsbewegung durchgesetzten Linie "nationaler Solidarität" zur Überwindung der "Krise Italiens", in deren Befolgung sich die Interessensvertretung der Arbeiter zunehmend bereit erklärt, "notwendige" Sanierungen zu akzeptieren, vorausgesetzt, es wird mit ihr darüber verhandelt und die Nachteile für die Proleten werden von ihr selbst mitbeschlossen. Der Fiat-Plan war für die Führung der Gewerkschaft ein keineswegs unwillkommener Anlaß, ihre seit einigen Jahren laufenden, direkten Verhandlungen mit der Regierung über die Einführung sozialstaatlicher Maßnahmen in Italien fortzusetzen, als deren bisheriges Ergebnis zwar keine einzige Masche eines "sozialen Netzes" geknüpft wurde, dafür aber alle bei uns bekannten Lücken dieser bekanntlich sehr arbeiterfreundlichen Einrichtung mit Zustimmung der Gewerkschaft Tarifrecht geworden sind: So unterschrieb die FLM vor zwei Jahren einen nationalen Arbeitsvertrag, der erstmals die "externe Mobilität" als Entlassungsform prinzipiell gestattet. Die Gewerkschaft kämpft nämlich für sozialstaatliche Regelungen, also für die staatliche Verwaltung und Kontrolle der Benützung der Arbeiter durchs Kapital und *das* in einem Lande, in dem sich eben die Benützung größerer Teile des Proletariats fürs Kapital gar nicht lohnt. Dementsprechend ist die Bereitschaft des Staats zur Betreuung von Arbeitslosen etc. auch eher mäßig und die diesbezüglichen "Zugeständnisse" an die Gewerkschaft mehr oder weniger leere Versprechungen. Die FLM nahm den Fiat-Plan zum Anlaß, *ihre* Vorstellungen für einen geregelten Umgang des Kapitals mit der Lohnarbeit auf den Tisch zu legen und die betroffenen Arbeiter *dafür* kämpfen zu lassen.

- Die Arbeiter, die bei der Entlassungsankündigung sofort streiken wollten, wurden abgewiegelt ("Wir müssen erst abwarten."); Agnelli der harte Vorwurf gemacht, er dürfe "nicht immer nur von Entlassungen reden", sondern erst einmal mit der Gewerkschaft über das Wie. ("La Repubblica")
- Als die Arbeiter bereits streikten - gegen jede Entlassung bei Fiat - setzte sich die FLM demonstrativ an die Spitze und legte einen gewerkschaftseigenen Umstrukturierungsplan vor: Durch "interne Mobilität", nämlich durch Frühpensionierungen, Einstellungsstopp und Versetzung von überflüssigen Arbeitern an jeden anderen Arbeitsplatz innerhalb des Gesamtkonzerns "könne Fiat rund 11.000 Leute einsparen"!
- Im Verlauf des Streiks verwandelte sie den Kampf zur Verhinderung der "externen durch interne Mobilität" in eine Kampagne zur Annahme des staatlichen Vermittlungsplans und brach den Streik ab, als Agnelli akzeptierte.

III. Die staatliche "Vermittlung"

Der Staat, der am Ende von beiden Seitzn als Vermittler begrüßt wurde, hatte nun seinerseits bereits vor anderthalb Jahren klargestellt, auf welcher Seite er steht: Mit einem Gesetzentwurf zur "externen Mobilität" wurde die Entlassungsform in die cassa integrazione als Hindernis für die Modernisierung der Ökonomie eingeschränkt. Ihre Beschränkung implizierte für den Staat die Aufgabe, die positive Funktion der cassa *für das Kapital* in anderer Form fortzuführen.

Rationalisierung ohne ständige Gefährdung durch Streiks und Sabotage in den Fabriken, sondern mit Zustimmung der Gewerkschaften soll in Zukunft durch staatliche Hilfe für die betroffenen

Arbeiter geregelt werden: Die "Hilfe" bestand im Aufbau einer lokalen Arbeitsvermittlung, dem Angebot von Umschulungen und der Zahlung von "Überbrückungsgeldern", als ob die Arbeitslosigkeit in Italien "Kommunikationsproblemen" zwischen "Arbeitgebern" und "Arbeitnehmern" geschuldet sei. Die "Hilfe" besteht also in einer Ablösung der cassa-Leistungen durch das bloße Versprechen, gewisse staatliche Ersatzanstrengungen einzurichten. Der ,caso

Fiat' bot Gelegenheit, das Gesetz mit Leben zu erfüllen. Scheiterte das Vermittlungsprogramm des Arbeitsministers Foschi noch am Sturz der Regierung Cossiga über ein staatliches Wirtschaftsprogramm, so wurde dieses von dem neuen Kabinett mit dem gleichen Minister über die parlamentarischen Hürden gebracht und der daran gekoppelte Vermittlungsplan von Fiat und der Gewerkschaft akzeptiert:

- Der Staat verpflichtet sich, für die Entlassenen Wiedereingliederungs- und Umschulungskurse anzubieten und die Aktivitäten der regionalen Arbeitsämter auszubauen.
- 23.000 Arbeiter sind - nach einem 5-wöchigen Streik ohne Streikgelder - dazu verpflichtet, von 7/8 ihres Lohns aus der cassa integrazione zu leben.
- Sie sollen sich während ihrer Ausstellung in die cassa um einen neuen Arbeitsplatz kümmern, indem sie sich ab Juni 1981 auf Arbeitsvermittlungslisten eintragen und Jobs im Umkreis von 50 km annehmen müssen, ansonsten sie der Zahlungen aus der cassa verlustig gehen.
- Der einzige "Erfolg" der Gewerkschaft, die Verlängerung der Überstellung in die cassa integrazione von den 18 Monaten des Fiat-Angebots auf 30 Monate ist somit ein sehr relativer; weil es nur den wenigsten gelingen wird, bei Erfüllung aller Auflagen bezüglich der "Zumutbarkeit" angebotener Jobs zweieinhalb Jahre lang durchzuhalten.

Für die nichtentlassenen Arbeiter hat die FLM damit die Verpflichtung zu gesteigerter Arbeitsintensität mitunterschrieben, weil mit ihnen ab sofort die Umstrukturierung durchgeführt wird und sie ohne die 23.000 Freigesetzten die erwartete Produktionssteigerung erarbeiten dürfen. Fiat hingegen hat durch die Annahme des staatlichen "Vermittlungsplans" gegenüber seinem ursprünglichen Angebot sogar Boden gutgemacht: Es ist dem Zwang zur Wiedereinstellung aller der ursprünglich für die "interne Mobilität" vorgesehenen 12.000 enthoben: Durch die Anwendung der Bestimmung für "externe Mobilität" auf alle 23.000 kann es damit rechnen, in zweieinhalb Jahren keinen einzigen wieder einstellen zu müssen. So kann die Konzernleitung nach Beendigung des Streiks ein neues "Angebot" machen:

"Wir wetten, daß es dann" (nämlich am 30.6.1983) "keinen Arbeitslosen mehr geben wird." ("Corriere della Sera" vom 16.10.1980)

IV. Die tragende Rolle der Arbeiter

Die Hauptdarsteller im ‚caso Fiat‘, die Arbeiter, haben bei der ganzen Veranstaltung im wahrsten Sinne des Wortes die tragende Rolle gespielt. Als Betroffene sind sie in den Streik getreten und zwar gegen den Willen der Gewerkschaftsführung. Dazu benutzten sie ein Mittel, das sie sich in den Arbeitskämpfen Ende der 60er Jahre - ebenfalls in Gegnerschaft zur Gewerkschaft - geschaffen hatten: Die Consiglii di fabbrica (Arbeiterräte innerhalb des Betriebs), nicht zu verwechseln mit dem westdeutschen Betriebsrat, der als staatliche Einrichtung auf das Wohl des Unternehmens und den Betriebsfrieden verpflichtet ist. In den Consiglii ist die gesamte Belegschaft eines Werks, gewerkschaftlich Organisierte *und* Unorganisierte direkt oder durch Delegierte vertreten. Diese „lokale Basisvertretung“, entstanden aus der Kritik an den *politischen* Rücksichtnahmen der parteiorientierten Gewerkschaften, tragen den Gegensatz der Lohnarbeit zum Kapital vom Standpunkt des *betroffenen Arbeiters* aus, was ihnen in Italien den Vorwurf der „Unterwanderung durch Linksradikale“ einträgt, bei Beobachtern hierzulande das Urteil, sie seien von wirtschaftlicher Unvernunft, Verantwortungslosigkeit und Egoismus geleitet und sollten sich erstmal die Reife unserer DGB-Mitglieder erwerben. Angesichts der dominierenden Rolle der Consiglii nicht nur unter den unorganisierten Gewerkschaftskritikern unter den Arbeitern, sondern auch der Beteiligung der eigenen Basis an diesen Räten schwenkte die Gewerkschaftsföderation um, erkannte die Consiglii als ihre eigene Basis an (seitdem können Streiks auf Betriebsebene beschlossen werden) und verwandelte so die Kritik an der Gewerkschaft in eine institutionalisierte *innergewerkschaftliche* Auseinandersetzung. Daß es sich hierbei von Anfang an um ein *taktisches* Manöver der politischen Gewerkschaftsführung handelt, mit der sie die Basis im Griff behalten wollte, zeigte und zeigt das Verfahren, Forderungen der Consiglii aufzunehmen, sie zum Inhalt gewerkschaftlicher Politik zu machen, ihnen dabei die Spitze abzubrechen und gleichzeitig den Versuch zu unternehmen, die Teile der Basis, die am Inhalt ihrer Forderungen festhalten, als Spalter zu bekämpfen und mundtot zu machen.

So setzte sich die FLM, nachdem sie zunächst erst einmal verhandeln wollte, nach dem Streikbeschluß des Fabrikrats „an die Spitze der Bewegung“. PCI-Chef Berlinguer fuhr nach Turin und solidarisierte sich mit den Streikposten und erstmals seit Jahren erschienen Stellungnahmen von Gruppen links von der PCI, bislang als „Agenten der Bourgeoisie“ diffamiert, in den Spalten des Parteiorgans „Unita“. *Gleichzeitig* verhandelte die Gewerkschaftsführung mit der Regierung in Rom und mit der Konzernleitung in Turin, was ihr heftige Kritik seitens des Fabrikrats eintrug, der am Streikziel „Keine einzige Entlassung!“ festhielt und statt Verhandeln eine Besetzung des Werks forderte. Auf dem Höhepunkt des Streiks distanzierte sich die gewerkschaftliche Streikführung nebst ihren politischen Freunden von dieser Forderung „radikaler Elemente“ und Fiat nutzte diese Situation“ um vollendete Tatsachen zu schaffen:

Mit dem juristisch unanfechtbaren Argument, daß die Verhandlungsfrist über Art und Dauer der Ausstellung der 24.000 in die cassa integrazione abgelaufen sei, wurden alle Betroffenen in die cassa entlassen, und zwar nur für 3 Monate mit der beigefügten Drohung Agnellis, in diesem Zeitraum müsse die „externe Mobilität endgültig geregelt“ werden.

Diesem Schlag des Kapitals setzte die FLM lediglich die Forderung entgegen, Fiat solle sich zu *Verhandlungen* über die Rücknahme der Entlassungen und über die Modalitäten der Überstellung in die cassa integrazione bereit erklären. *Dafür* und nicht mehr gegen die *Entlassungen* wurde von

nun an gekämpft. Mit der Parole “Der Streik geht weiter” focht so die FLM den Arbeitskampf bis zu seinem für die Arbeiter bitteren Ende durch. Der Arbeitskampf hatte nicht mehr die Funktion, eine Forderung der Arbeiter gegen das Kapital durchzusetzen, sondern diente nur nach dem *politischen* Anspruch der Gewerkschaft, als Verhandlungspartner über die Maßnahmen des *Kapitals* mitbestimmen zu dürfen. Die Streikführung der FLM war jetzt nur noch gegen die Streikenden selbst gerichtet: Sie sollten sich zur Vernunft streiken, also einsehen, daß trotz Kampfmaßnahmen nicht mehr drin war als die Gewerkschaft für sich herausholen wollte. Unter den Streikenden, die sich auf einmal vor ganz andere Streikziele gestellt sahen, führte diese Taktik zu einer wachsenden *Polarisierung*, so daß die Streikfront abbröckelte; schließlich stand jetzt fest, daß auf jeden Fall 24.000 zunächst für drei Monate auf ein Achtel des Lohnes verzichten mußten und daß für die nicht Ausgestellten ein weiterer Streik totalen Lohnausfall *ohne* Sicherstellung des Arbeitsplatzes bedeuten würde.

Der Streik wurde so zunehmend “unpopulär” und Zeitungen, Radio und Fernsehen brachten täglich Stimmen von Arbeitern, die erklärten, sie hofften, daß der Ausstand bald zu Ende sei. Die Radikalen unter den Streikenden, die geglaubt hatten, FLM und PCI für ihre Streikziele benutzen zu können, eröffneten jetzt eine “zweite Front” gegen die Gewerkschaft. Die Mehrheit der Arbeiter stellte sich darauf ein, nach Beendigung des Streiks sich einen Platz unter denen zu sichern, an deren Anwendung Fiat weiter gelegen war und gingen vorsorglich auf Distanz zu den Kollegen, die immer noch auf den Streik als Mittel gegen Fiat setzten. In der Endphase des Arbeitskampfes wurde - von wem auch immer: von Agnelli bis zu den Neofaschisten wurden alle Drahtzieher gehandelt - eine organisierte Demonstration von Streikbrechern auf die Beine gestellt: Am “historischen Marsch der 40.000 “ beteiligten sich Fiat-Meister, höhere Angestellte und Arbeiter aus Zulieferbetrieben, die der Fiat-Streik brotlos gemacht hatte. Unter Berufung auf ihr “Recht auf Arbeit” verlangten sie von der Polizei, die Streikposten wegzuräumen, griffen die Gewerkschaft an, sie sei von “Terroristen” unterwandert und forderten die Entlassung der “Rädelsführer” des Streiks.

Der Marsch der Gewerkschaftsgegner war für die FLM ein willkommenes Anlaß, den Streik abubrechen mit dem Argument, er “spalte” die Arbeiter und diene, falls er fortgesetzt werde, nur noch Agnelli, weil er die Gewerkschaft schwäche. Während die Annahme des staatlichen Vermittlungsplans nur noch Formsache war - die Gewerkschaft hatte ja von Anfang an nur für ihn den Streik unterstützt -, stürzte sie sich nun mit aller Militanz in den Kampf gegen die Opposition in den eigenen Reihen und im Betrieb:

- Der “Kompromiß” wurde als “Erfolg” propagiert. Zynisch verkündete die FLM ihr sei es zu verdanken, daß jetzt alle 24.000 Betroffenen *gleich* behandelt würden. Das stärkt die Einheit!
 - Das Ergebnis wurde in den Betriebsversammlungen zur Abstimmung gestellt, wobei vorgebrachte Kritik als Spaltertum verurteilt, einfach ignoriert oder handfest niedergemacht wurde.
 - Die innergewerkschaftliche Opposition wurde zum Schuldigen dafür erklärt, daß der Arbeitskampf nicht ganz so erfolgreich beendet werden konnte. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Streikergebnis sollte so zum Mittel für eine innergewerkschaftliche Säuberung gemacht werden.
- Konsequenter griff die Gewerkschaft nun auch die Consiglii di fabbrica an, die von radikalen Elemente “mißbraucht” worden seien. Sie hätten die FLM-Führung daran gehindert, den Vermitt-

lungsplan schon eher anzunehmen und seien deshalb an der Spaltung zwischen Basis und Führung schuld. Deshalb sollten in Zukunft auf den Betriebsversammlungen nur noch Gewerkschaftsmitglieder stimmberechtigt sein. - Darüberhinaus benutzte die Gewerkschaft gleich die Gelegenheit, gegen einen "übersteigerten Egalitarismus bei den Löhnen" zu Felde zu ziehen, der durch eine "Modifizierung der Tarifverträge" bezüglich "Leistung und Verdienst" (24 ore vom 21.10.) zu korrigieren sei.

V. Nach der *capitulazione storica*

Fiat hat für sich und stellvertretend für das italienische Kapital eine Schlacht gewonnen:

- Das Werk muß bei Rationalisierungsmaßnahmen Entlassungen nicht mehr nur dosiert und über lange Zeiträume verteilt vornehmen, sondern kann zügig und unternehmerisch kühn sich auf einen Schlag überflüssig gemachter Arbeitskräfte entledigen.
- Das Kapital kann sich bei der Rekrutierung von Lohnarbeitern das passende Material auf dem Arbeitsmarkt aussuchen und muß keine Rücksichten mehr auf die Stammebelegschaft nehmen.
- Die Arbeiter konkurrieren verschärft untereinander, was die Intensivierung der Arbeit von lästigen Widerstandsaktionen besser schützt.

Der italienische Staat hat mit seinem Vermittlungsplan erreicht, daß seine Wirtschaftsprogramme leichter gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden.

Für die Fiat-Arbeiter bedeutet das Resultat des Streiks *objektiv* den Verlust eines "Privilegs" gegenüber ihren Klassenbrüdern, die in der Konkurrenz der Arbeitenden ohne Arbeitsplatzgarantie antreten. Mit ihnen müssen sie jetzt darum wetteifern, ihre Arbeitskraft so anzubieten, daß seine Anwendung dem Kapital *lohnend* erscheint. Für manchen von ihnen heißt das Verlust eines relativ gut bezahlten Arbeitsplatzes, Rückwanderung oder Auswanderung. Für alle mehr Arbeit zu schlechteren Bedingungen, eine Veränderung des Verhältnisses Lohn-Leistung zu ihren Ungunsten.

Auf der subjektiven Seite teilt sich die Reaktion der Streikenden auf das miese Ergebnis in *Wut* und *Ohnmacht* auf. Die Gewerkschaft hat für ihre "realistische" Linie Austritte von den Enttäuschten in Kauf genommen, die aus dem Ergebnis dieses Streiks den Schluß ziehen, der Arbeitskampf überhaupt bringe es nicht. Andererseits betreibt sie selber den Ausschluß radikaler Elemente als "Gewerkschaftsfeinde".

Der "compromesso storico", mit dem die Gewerkschaft den Fiat-Streik beendete, ist also in Wahrheit eine *capitulazione storica* der Fiat-Arbeiter, auf deren Grundlage nicht nur Kapital und Staat, sondern auch die Gewerkschaft einen neuen Abschnitt des Klassenkampfes in Italien einzuleiten gedenken: *Dopo la Fiat!*